

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Schriftf. Tagesblatt Riesfa, General Nr. 20, Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Notars der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißner beiderseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22, Dresden 1500, Druckerei: Riesfa Nr. 22.

Nr. 51.

Dienstag, 1. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesorgung 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Befüllungszeit: Riesfa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsrat und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesfa.

Der neue Wirtschaftsplan.

Als Finanzminister Dr. Dietrich sich dieser Tage im Reichstage gegen Angriffe verteidigte, erhielt man den Eindruck, als ob er keine Möglichkeit sehe, die Mittel zu einer weitgreifenden Arbeitsbeschaffung aufzutreiben. Er anerkannte zwar, daß nunmehr, nachdem für die Landwirtschaft viel getan sei und nachdem die Banken saniert seien, das Hauptziel die Beschaffung von Arbeit und die Entlastung des Reiches von der Seite des Abbaues der Arbeitslosigkeit sein müsse. Aber das Wie stand etwas unsicher, etwas zweifelhafte in seiner Argumentation. Es muß zugegeben werden, daß nunmehr noch ein Weg zur Besserung der schwierigen Wirtschaftslage möglich ist, der Weg der Arbeitsbeschaffung. Die wiederholten Versuche, über einen Lohnabbau eine Preislenkung und damit eine Belebung des Konsums und der Produktion herbeizuführen, sind samt und sonders gescheitert. Auch der letzte, obwohl hier sogar ein Preisstabilisator dem Regierungswillen nachdruck verliehen sollte. Der Abbau der Preise ist nicht in dem Maße erfolgt, daß der Lohnabbau wettgemacht wird. Und erst wenn das Preisniveau tiefer gefallen wäre, als der Lohnabbau, hätte sich vielleicht eine Umwälzung eingestellt. Die wiederholten Versuche einer Umwälzung über die Senkung der Beschäftigungskosten durch Lohnabbau dürften nicht wiederholt werden. Sie haben nachweisbar gerade das Gegenteil dessen erreicht, was bezweckt war. Seit der letzten Rotberordnung ist die Produktion weiter zusammengeschrumpft, ist der Umsatz weiter zurückgegangen und hat die Arbeitslosigkeit einen erschreckenden Millionenzuwachs erhalten.

Diese Feststellung zwingt dazu, das Problem von der anderen, wiederholt empfohlenen Seite anzusehen. Von der Seite der tatsächlichen Arbeitsbeschaffung. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Regierung nunmehr den Intentionen, die die Gewerkschaften in dieser Richtung haben, folgen wird oder folgen muß. Die gesagt liegt heute der öffentliche Druck auf ihr und die Besserung der schwierigen Wirtschaftslage kann nur durch erfolgversprechende Maßnahmen erreicht werden. Der neue Plan der Gewerkschaften, der die Krisenüberwindung durch Planwirtschaft empfiehlt, ist inzwischen bekannt geworden. Er ist eindeutig und verständlich. Er verlangt Verstaatlichung der Monopole, ein staatliches Bankennetz, Abbau der Zölle, das Außenhandelsmonopol. Daß diese Forderungen sehr schwer bei der augenblicklichen politischen Gestaltung durchzuführen sind, läßt sich leicht erkennen. Aber bisher sind ja immer neue Wege zum endgültigen Erfolg gewesen. Einmal muß der Vorstoß unternommen werden. Schließlich ist die Lage auch insofern für diese Forderungen günstig, weil zwar nicht eine Parteimehrheit sich für diese Forderungen einsetzt, aber die Öffentlichkeit einen merkwürdigen Wandel in der Betrachtung der Kapitalwirtschaft durchmacht. Immer weitere Kreise haben einsehen gelernt, daß die alten kapitalistischen Einrichtungen überlebt und unzulänglich sind, in der neuen Zeit erfolgreich zu arbeiten. Dazu beigetragen haben einmal die vielen großen Industriekrisen, die Banken mit ihrer leistungsfähigen Kreditpolitik, schließlich die Kapitalisten selbst durch die Rettung ihres Vermögens und das Verlangen jeder Hilfe, wenn das Volk und die Wirtschaft in Not ist. Die öffentliche Meinung ist jedenfalls für die Pläne der Gewerkschaften so ziemlich reif. Es kommt nur darauf an, die Parteien umzustimmen. Und das wird gewiß, wenn die Kräfte richtig geschlagen wird, auch gelingen.

Im Augenblick haben wohl jene Teile des Programms die größte Bedeutung, die sich mit der direkten Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung beschäftigen. Es können selbstverständlich nur solche Arbeiten in Frage kommen, die als Zusatzarbeiten anzusehen sind. Also Kanal- und Brückenbauten, Straßenbauten, Landgewinnung. Arbeiten also, bei denen der Arbeitslohn die Hauptrolle ausmacht und die Rohmaterialien wiederum zur Arbeiterbeschaffung dienen müssen. Die Geldbeschaffung ist das, was die Regierung zunächst an dem Plane interessieren dürfte, weil sie ja auf dem Standpunkt steht, daß keine Mittel mehr vorhanden sind, etwa zwei Milliarden plötzlich flüssig zu machen. Es ist eigentlich überraschend, wenn die Regierung seit Monaten allen Arbeitsbeschaffungsplänen mit dem Argument begegnet, die Mittel nicht aufbringen zu können. Daß sie aber über die Geldbeschaffung weniger peinlich berührt und unschlüssig war, als es galt, die Banken wieder auf die Beine zu stellen. Bekanntlich laufen die Arbeitsbeschaffungspläne schon vor dem großen Bankrott. Es hätte sich demnach damals mit einigem Willen sehr leicht das Geld, das später für die Bankentwertung vorhanden war, für die Arbeitsbeschaffung anwenden lassen.

Dem Tücken der Regierung nach flüssigen Mitteln nun wollen die Gewerkschaften behilflich sein. Sie schlagen — was ja schon durch wiederholte Veröffentlichungen bekannt sein wird — eine steuerfreie Volksanleihe vor. Man glaubt damit die gebrauchten Banknoten und Spargelder für die Arbeitsbeschaffung zu mobilisieren. Der Plan einer Volksanleihe, die verschiedentlich empfohlen wurde, scheint demnach keine Rolle mehr zu spielen. Weiterhin soll die Hauszinssteuer in eine abzahlbare Rentenschuld umgewandelt werden.

Die Regierung, der dieser Plan grundsätzlich bekannt ist und die sich, wenn auch nicht offiziell mit diesen Anregungen beschäftigen haben dürfte, wird zu prüfen haben, ob sie mit den Gewerkschaften zusammen nunmehr das größte Problem der Lage, die Arbeitsbeschaffung anzure-

Die Waffenstillstandsbedingungen vor dem Völkerbund. Vor einem Waffenstillstand bei Schanghai?

Genf. Die gestrige Sitzung des Völkerbundesrates, die ursprünglich der Vorbereitung der außerordentlichen Völkerbunderversammlung gelten sollte, hatte sich in der Hauptsache mit der Möglichkeit eines Waffenstillstandes in Schanghai zu befassen. Von japanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß an Bord eines britischen Kriegsschiffes bereits Verhandlungen hierüber aufgenommen seien und daß der Zutritt der Völkerbunderversammlung in diesem Augenblick inopportun wäre.

Grundätzliche Einigung über Einstellung der Feindseligkeiten.

Genf. Angesichts der neuen Lage in Schanghai trat der Völkerbundsrat gestern nachmittag zu einer überraschend einberufenen Vollversammlung zusammen. Der englische Außenminister Sir John Simon machte im Auftrag seiner Regierung dem Rat offiziell eine Mitteilung von den Verhandlungen, die gestern auf einem englischen Kriegsschiff in Anwesenheit des britischen Kommandanten zwischen Vertretern der chinesischen und japanischen Streitkräfte stattgefunden haben.

Die Verhandlungen hätten zu einem Ergebnis geführt und beide Parteien hätten sich grundsätzlich über ein Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten geeinigt. Die diesbezüglichen Vorschläge seien den Regierungen in Peking und Tokio unterbreitet worden.

Der Vorsitzende erklärte darauf, daß der Völkerbundsrat mit großer Genugtuung von den Mitteilungen des britischen Vertreters Kenntnis genommen habe. Es sei nunmehr Aufgabe des Rates, seinerseits dazu beizutragen, daß dem im Gange befindlichen Bepfropfen zur Wiederherstellung des Friedens ein Ende gesetzt werde. Der Völkerbundsrat schloß deshalb vor, daß in Schanghai sofort eine Konferenz einberufen werde, an der China und Japan sowie die Vertreter der anderen interessierten Mächte teilzunehmen hätten. Das Ziel dieser Konferenz solle die Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens in Schanghai sein.

Die Vorschläge des Völkerbundesrates.

Genf. Der Vorschlag des Völkerbundesrates besagt im einzelnen:

Die nach Schanghai einberufene Konferenz hat die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens in der Gegend von Schanghai zum Ziel. Verhandlungsgrundlage der Konferenz wäre

1. Japan hat nicht beabsichtigt, noch beabsichtigt es in Zukunft politisch oder territorial eine japanische Konzeption in Schanghai zu errichten oder auf irgend eine andere Weise die ausschließlichen japanischen Interessen zu begründen.

2. China nimmt an der Konferenz teil unter der Annahme, daß die Sicherheit und Unverletzlichkeit der internationalen Konzeption und der französischen Konzeption aufrecht erhalten bleibt in Anbetracht der Abmachungen, die diese Konzeptionen und ihre Bewohner gegen jede Gefährdung sichern.

Die Einberufung dieser Konferenz geschieht unter der Voraussetzung, daß an Ort und Stelle Abmachungen über die Einstellungen der Feindseligkeiten getroffen werden. Der Völkerbundsrat rechnet darauf, daß diese Bedingungen sehr schnell erfüllt wird. Der Völkerbundsrat schlägt vor, daß die militärischen und zivilen Behörden der anderen in Schanghai vertretenen Mächte diesen Abmachungen ihren Beistand verleihen.

Der Völkerbundsrat konnte noch zu keiner formellen Beschlußfassung über diesen von Paul Boncour vorgeschlagenen Plan gelangen, da im Gegensatz zu den Vertretern der übrigen Mächte der japanische Delegierte noch keine endgültige Zustimmung erteilen konnte.

Der japanische Delegierte Sato erklärte, er nehme den Plan an, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung. Der chinesische Delegierte Yen gab ein Telegramm seiner Regierung bekannt, wonach diese den vom englischen Admiral Kelly gemachten Vorschlag zur gegenseitigen Zurückziehung der Truppen zweckmäßig und annehmbar findet.

Der deutsche Delegierte, Gesandter Freiherr v. Weizsäcker, begrüßte die Erklärung der verschiedenen Ratsmitglieder und die Möglichkeit der Einstellung der Feindseligkeiten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen unter der wertvollen Mitwirkung der in Schanghai besonders interessierten Mächte zu einem baldigen Erfolge führen werden.

Paul Boncour betonte, daß die Ausführung des von ihm vorgeschlagenen Planes zunächst einmal von der Einstellung der Feindseligkeiten abhängig sei.

Die heute vom britischen Außenminister gemachten Mitteilungen über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in Schanghai werden bekräftigt durch ein Schreiben des amerikanischen Gesandten Wilson an den Generalsekretär des Völkerbundes, worin mitgeteilt wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gern die Gelegenheit ergreife, sich den Bemühungen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens anzuschließen.

2. China nimmt an der Konferenz teil unter der Annahme, daß die Sicherheit und Unverletzlichkeit der internationalen Konzeption und der französischen Konzeption aufrecht erhalten bleibt in Anbetracht der Abmachungen, die diese Konzeptionen und ihre Bewohner gegen jede Gefährdung sichern.

Die Einberufung dieser Konferenz geschieht unter der Voraussetzung, daß an Ort und Stelle Abmachungen über die Einstellungen der Feindseligkeiten getroffen werden. Der Völkerbundsrat rechnet darauf, daß diese Bedingungen sehr schnell erfüllt wird. Der Völkerbundsrat schlägt vor, daß die militärischen und zivilen Behörden der anderen in Schanghai vertretenen Mächte diesen Abmachungen ihren Beistand verleihen.

Der Völkerbundsrat konnte noch zu keiner formellen Beschlußfassung über diesen von Paul Boncour vorgeschlagenen Plan gelangen, da im Gegensatz zu den Vertretern der übrigen Mächte der japanische Delegierte noch keine endgültige Zustimmung erteilen konnte.

Der japanische Delegierte Sato erklärte, er nehme den Plan an, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung. Der chinesische Delegierte Yen gab ein Telegramm seiner Regierung bekannt, wonach diese den vom englischen Admiral Kelly gemachten Vorschlag zur gegenseitigen Zurückziehung der Truppen zweckmäßig und annehmbar findet.

Der deutsche Delegierte, Gesandter Freiherr v. Weizsäcker, begrüßte die Erklärung der verschiedenen Ratsmitglieder und die Möglichkeit der Einstellung der Feindseligkeiten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen unter der wertvollen Mitwirkung der in Schanghai besonders interessierten Mächte zu einem baldigen Erfolge führen werden.

Paul Boncour betonte, daß die Ausführung des von ihm vorgeschlagenen Planes zunächst einmal von der Einstellung der Feindseligkeiten abhängig sei.

Die heute vom britischen Außenminister gemachten Mitteilungen über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in Schanghai werden bekräftigt durch ein Schreiben des amerikanischen Gesandten Wilson an den Generalsekretär des Völkerbundes, worin mitgeteilt wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gern die Gelegenheit ergreife, sich den Bemühungen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens anzuschließen.

Die Chinesen halten ihre Stellungen

Schanghai, 1. März.

Die Japaner unternehmen seit gestern früh drei von Artillerie und Fliegern unterstützte Angriffe auf Tschapei, aber die Chinesen eroberten das ganze Gelände, das sie verloren hatten, wieder zurück. Sie halten jetzt dieselben Stellungen, die sie am Morgen einnahmen.

Wichtige deutsch-französische Wirtschafts- verhandlungen in Paris.

Paris. In Paris finden zurzeit, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wichtige deutsch-französische Handelsverhandlungen statt. Aus Berlin sind als Vertreter der deutschen Regierung die Herren Dehmann, Dr. Ebener und Kuelberg eingetroffen. Sie haben die Besprechungen mit einem Ausbruch im Handelsministerium aufgenommen.

Der „Ami du peuple“ bringt diese Besprechungen mit dem Verbot der französischen Gemüsehilfe nach Deutschland in Zusammenhang und bezeichnet dieses Verbot als eine Zwangsmaßnahme gegen das französische Kontingentsystem. Vorläufig sei noch kein Ergebnis zu verzeichnen, doch müsse man hoffen, daß es zu einer Verständigung komme, die beide Seiten befriedige.

Rückgabe des Namensschildes der „Emden“

Berlin, 1. März. Der britische Botschafter Sir Horace Rumbold hat dem Reichstanzler die Absicht der Australischen Regierung mitgeteilt, das Namensschild des im Kriege untergegangenen Kreuzers „Emden“ als Anerkennung der ritterlichen Haltung der Emdenbesatzung zurückzugeben. — Reichstanzler Dr. Brüning sprach dem britischen Botschafter für das hochherzige Anerbieten den Dank der deutschen Regierung aus.

Zensur in Finnland

Helsingfors, 1. März. Die Regierung hat die Ausgabe gedruckter Nachrichten, Mitteilungen durch Telefon, Radio und Telegramme unter Kontrolle gestellt. Der Verkehr Bewaffneter ist verboten. Aus dem Lager der Aufständischen in Raastaelas sind keine neuen Nachrichten eingetroffen.